

Wann ist der Zeitpunkt für Reformen?

Müssen marktwirtschaftliche Politikempfehlungen besonders vorbereitet werden? Wann ist der richtige Zeitpunkt dafür? Im Rahmen der Expertengespräche der Konrad-Adenauer-Stiftung am 14.11.2018 diskutierten wir diese Frage in Bezug auf die Themenfelder Außenhandelspolitik, Rettungsmaßnahmen im Rahmen der Finanzkrise und des deutschen Fiskalföderalismus.

Außenhandelspolitik

Eine offene Wirtschaftsordnung, die auf wirtschaftliche Integration auf internationaler Ebene abzielt, birgt viele Vorteile. Offenheit erhöht Konsumentensouveränität, bietet mehr Auswahl und Vielfalt, führt zu größerer Völkerverständigung und sichert den Frieden. Dennoch geht der „Trend der Geschichte“ nicht in Richtung zunehmender Liberalisierung. Wirtschaftliche Integration ist daher kein Selbstläufer, auch weil es seitens westlicher Bevölkerungen zunehmende Skepsis gibt, welche Auswirkungen solche Tendenzen auf Arbeitsstellen, Lebensmittelstandards und Produktsicherheit haben. In der Tat gibt es viele Parallelen zwischen Bedenken heute und vor einem halben Jahrhundert.

Unsere These ist, dass eine gute Sozialpolitik eine wichtige Voraussetzung für eine offene Wirtschaftspolitik ist.

Nur wenn Menschen das Gefühl haben, dass sie gesellschaftlich eingebunden sind, wird es eine Akzeptanz marktwirtschaftlicher Prinzipien geben. In der Tat kann „Sozialpolitik“ in diesem Kontext breit gefasst werden; sowohl „traditionelle“ Formen etwa im Bildungs- oder Arbeitsmarktbereich als auch Politiken, die einen Einfluss auf die wirtschaftliche Entscheidungen heimischer Unternehmen haben, können als sozialpolitisch relevant eingestuft werden. Eine Lektion der letzten Jahrzehnte ist, dass es unentbehrlich ist, dass Reformen und Vorbereitungen für eine offene Politik nicht erst dann beginnen, wenn die Akzeptanz für offene Märkte am niedrigsten ist.

Rettungsmaßnahmen im Rahmen der Finanzkrise

Sind politische Maßnahmen, die marktwirtschaftliche Prinzipien aushebeln, nichts anderes als ein System der Privilegienvergabe – also eine Politik für bestimmte Akteure? Unterwandern Interventionen seitens Regierungen und Zentralbanken marktwirtschaftliche Systeme? Wie kann man politische Zielsetzungen in Krisenzeiten durch Reformmaßnahmen durchsetzen, ohne in eine Interventionsspirale zu gelangen? Das Spannungsfeld zwischen marktwirtschaftlichen Prinzipien und politischer Handlung ist besonders brisant, da Währungen inhärent politisch sind. Einerseits können Interventionen die Akzeptanz der Marktwirtschaft unterminieren, da sie beispielsweise Prinzipien der Haftung aushebeln. Andererseits haben sie das Ziel, die wirtschaftliche Ordnung zu retten. Diese Konstruktionsprobleme, die bereits mit der Schaffung der gemeinsamen europäischen Währung einhergingen, müssen in wirksamen Reformkonzepten Berücksichtigung finden. Durch Interventionen in akuten Krisenzeiten ist vor allem eines gewonnen: Zeit. Doch wenn akute Krisen überstanden wurden (oder weniger brisant werden), dann dürfen Reformen nicht vernachlässigt werden, sondern es müssen langfristige Lösungsansätze gefunden werden.

Der deutsche Fiskalföderalismus

Die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern stellt eine der größten Verfassungsreformen der jüngeren deutschen Geschichte dar. Nach den Reformschritten der Föderalismuskommissionen I und II hätte sich nun die Gelegenheit geboten, den in diesen Kommissionen bereits eingeschlagenen Reformweg hin zu mehr Transparenz im Fiskalföderalismus und zu einer gesteigerten Eigenverantwortung von Ländern und Kommunen fortzusetzen und dafür insbesondere die Einnahmeseite von Ländern und Kommunen neu und effizient zu ordnen. Nicht zuletzt die aktuell gute öffentliche Finanzsituation hätte hier Spielräume für grundlegende Reformen eröffnet. Stattdessen kommt die im Jahr 2017 begonnene und sich nun weiter präzisierende Reform einem Bruch mit den bisherigen Grundsätzen der föderalen Ordnung gleich: War bislang die Souveränität der Länder die Grundlage des föderalen Staatsaufbaus, mit den Ländern als Träger des Bundes und Herr ihres Finanzausgleichs, wird nunmehr das im Kern horizontale System in ein vertikales Zahlungssystem umgewandelt. Nicht mehr die Länder, sondern der Bund ist Träger der föderalen Finanzordnung. Hinzu kommen ausgeweitete, zweckgebundene Vertikaltransfers des Bundes an Länder und Kommunen, was dezentrale Selbstbestimmung und Verantwortung weiter beschränkt. Erste empirische Evidenz bestätigt zudem die, politisch oft angeführten, praktischen Vorteile dieser Reformschritte nicht. Im Ergebnis verzichten Bund und Länder auf eine grundlegende, den Föderalismus und dezentrale Verantwortung stärkende Reform und beschreiten, aus Scheu vor eben jener Verantwortungsübernahme, weiter den Weg zum fiskalischen Zentralstaat.